

Wo bleibt die europäische Frauendemokratie? : Harte Fakten und weiche Perspektiven

Autor(en): **Stämpfli, Regula**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **79 (2001)**

Heft 3

PDF erstellt am: **14.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-341615>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Wo bleibt die europäische Frauendemokratie?

Harte Fakten und weiche Perspektiven.

Sie sind zwar etwas seltener geworden. Die Frauentreffs, -konferenzen, -plattformen und -netzwerke von engagierten Frauen. Trotzdem. Geht frau zu einem Womens Network-Lunch in Brüssel, ist eines auf den ersten Blick klar. Die geübte

Regula Stämpfli

Beobachterin erkennt sofort die Spanierin, die Dänin, die Deutsche, die Französin und allenfalls die Engländerin. Ohne dass der Akzent lokalisiert werden muss, ohne dass Inhalte verstanden werden. Die äussere Erscheinung der Frauen erzählt meistens Gleichstellungsgeschichten. Die Dänin ist der Kumpel von nebenan, relativ laut, egalitär und von den Fortschritten und der Gleichstellung in ihrem Land überzeugt, geprägt und von der Gesellschaft unterstützt. Die Französin ist ihr bestes Gegenstück. Eher zierlich, mit hoher Stimme, äusserst gepflegt, distinguiert und von einer parisischen Intellektualität inspiriert. Fragen über Kinder, Küche und Karriere quitiert sie eher mit Staunen – Kinder gehören immer dazu, die Karrieren sind im republikanischen Frankreich sowieso eine elitäre Angelegenheit (es gibt viele Töchter berühmter Männer-Geschichten), unabhängig vom Geschlecht. Sie versteht sich bestens mit der Spanierin. Diese ist von herberem Charme und mit Spitzengefühl gekleidet, ist dominant, kennt die Widerstände einer Machogesellschaft, hat meist keine Kinder, dafür eine Karriere, und ist politisch vollkommen versiert. Der spani-

sche Filmemacher Aldomovar liegt mit seinen klischierten Frauenbildern nicht weit weg von der spanischen Frauen-Alltagsrealität. Die deutsche Feministin ist auch auf den ersten Blick erkennbar: Unter 40 gibt es kaum welche und über 40 trägt sie den obligaten hennarot gefärbten Kurzhaarschnitt. Knallroter Lippenstift, rhetorisch brilliant, den Zeigefinger erheben und überaus laut. Unreflektierte Klischees? Klar. Trotzdem verbirgt sich in der äusseren Erscheinung ein Stück feministischer Wahrheiten.

Europas Norden und der lateinische Süden liegen nicht nur geographisch, sondern auch punkto Lebenswelten auseinander. Dies gilt besonders im Hinblick auf die Frauenwelten. Dies gilt vor allem auch, wenn es darum geht, über die Differenzen hinweg, gemeinsame Gleichstellungsprogramme zu entwerfen.

Quantitative Bestandesaufnahme

Rein zahlenmässig sind die Unterschiede schnell festgehalten: Die skandinavischen Frauen stehen punkto Frau und Demokratie in Europa am besten da. Finnland (Frauen-Wahlrecht 1906), Dänemark (Frauen-Wahlrecht 1918), Schweden (allgemeines Wahlrecht 1921) und das Nicht-EU-Land Norwegen (Frauen-Wahlrecht 1913) weisen alle eine – im weltweiten Vergleich – überdurchschnittlich hohe parlamentarische Repräsentanz (über 30 Prozent), eine eher egalitäre politische Kultur und diver-

se Frauenquoten für öffentliche Ämter und/oder öffentliche Aufträge de jure oder de facto auf. Die Erwerbsquote der Frauen ist in diesen Ländern (durchschnittlich 85 Prozent) ungebrochen hoch, die Elternschaftsurlaube betragen mindestens 6 Monate oder mehr, die allgemeine Arbeitslosigkeit ist niedrig. Die Sozialstatistiken der ILO (International Labour Organisation) weisen Dänemark als sozialpolitisches Musterland aus und belegen die hohe soziale Mobilität aller skandinavischen Länder. In Schweden, Norwegen, Dänemark und Finnland spielt es keine Rolle, ob jemand als Arbeitermädchen oder als Professorschnösel zur Welt kommt: Die Chancen, einmal gesund, gut ausgebildet und in Wohlstand zu leben, sind für beide nicht schlecht.

Patriarchale Schlusslichter bilden die südlichen Mitgliedstaaten Griechenland (Frauen-Wahlrecht 1952), Italien (Frauen-Wahlrecht 1946) und Spanien (Frauen-Wahlrecht 1931) und im Norden das katholische Irland (Frauen-Wahlrecht 1918/22). In allen Ländern ist die Erwerbsquote der Frauen unterdurchschnittlich, die soziokulturellen Ungleichheiten ausgesprochen und die parlamentarische Präsenz von Frauen niedrig. Frauen in Grossbritannien (Frauen-Wahlrecht 1928), Deutschland (Frauen-Wahlrecht 1919), Portugal (Frauen-Wahlrecht 1974) und Belgien (Frauen-Wahlrecht 1948) haben zwar auch nichts zu lachen, der Anteil in ihren Länderregierungen ist ein schlechter Witz und sicher unter 15 Prozent. Daran änderten auch die neuen Linkskoalitionen nicht viel; die Männer bleiben in der Politik immer noch am liebsten unter sich. In Frankreich haben sich die Zeiten etwas gebessert. Seit der Listenquotierung für Gemeindewahlen und seit den resoluten Ministerinnen Gigoux und Aubry sind Frankreichs Frauen im Vormarsch. Tut auch not, wurde die weibliche Präsenz

im französischen Parlament bis vor kurzem nur noch von den benachteiligten Griechinnen unterboten.

Die Zahlen der Nord-Süd-Spannung in der Europäischen Union sprechen also für sich. Angesichts dieser Tatsachen, zu meinen, die Frauen aus Spanien, Griechenland, Portugal, Italien und Irland hätten nun den Schwedinnen, Finninnen und Däninnen nachzueifern, wäre kein Königsweg. Denn es gibt jenseits von Zahlen und Fakten auch eine Frauenidentität, die nicht so einfach zu fassen ist. Die nationalen Kulturen in der Europäischen Union divergieren stark, fast ebenso wie die unterschiedlichen Frauenbilder. Und die Verständigung darüber, was denn für «die Frauen» gut sein sollte, scheitert nicht nur an einer fehlenden gemeinsamen Sprache, sondern an unterschiedlichen kulturellen Codes.

Während sich aber Europas Frauen über die Art der Gleichstellungspolitik streiten, kaum gemeinsame Projekte finanzieren und relativ abgeschotteten ghettoisierte Politik betreiben (auch in der EU schaukeln sich etablierte Gleichstellungsfrauen gegenseitig die Aufträge zu), machen die Männer Politik.

Politkulturelle Barrieren

Dies hat vor allem institutionelle Gründe. Werden wichtige EU-Posten besetzt, so spielen nationale Herkunft, Parteienzugehörigkeit und Ausbildung eine grössere Rolle als die Geschlechtszugehörigkeit. Frauen können ruhig in die Minderheit versetzt werden, grosse Länderinteressen wie diejenigen von Deutschland, Grossbritannien, Frankreich, Italien und Spanien jedoch nicht. So kumuliert sich die in diesen Ländern herrschende Frauen-Politmarginalisierung auch auf europäischer Ebene. Schliesslich kommt die herrschende politische Kultur in Euro-Brüssel dazu. Der Polit-Habitus hat sich

Die nationalen Kulturen in der Europäischen Union divergieren stark, fast ebenso wie die unterschiedlichen Frauenbilder.

In der Europäischen Union steht die Geschlechtergleichheit nie an erster Stelle.

seit den 50er Jahren nicht gross verändert. Die Kommissions- und Ratsarbeit ist nach wie vor ein Geschäft der Diplomaten und Spitzenbeamten, und es wimmelt nur so von Menschen mit traditionellen Männerkarrieren. Seit einiger Zeit sind die Teilnehmer auch öfters wieder unter 30 Jahre alt (schliesslich verplempert diese Generation ihre Zeit nicht mit politischen Protesten wie die unsere), so dass zu befürchten ist, dass diese EU-Jungs für die nächsten 30 Jahre die Politik mitbestimmen werden. Den grössten Frauenanteil weist das Europäische Parlament auf (1979: 17 Prozent, 1984: 16 Prozent, 1989: 19 Prozent, 1994: 27 Prozent) – die 30 Prozent liegen meist über den nationalen Parlamenten. Böse Stimmen behaupten nun, dass sich das sofort ändern wird, sollte das Europäische Parlament wirkliches Mitentscheidungsrecht erlangen.

Zudem ist Brüssel alles andere als flexibel, wenn es um die Definition der Erwerbsarbeit geht. So haben unlängst die Beamten in der Kommission die kollektiv ausgerichtete Erwerbsarbeit Dänemarks kritisiert, weil die EU-Richtlinien zum Arbeitsrecht vor allem individualrechtliche, d. h. die klassische Männerbiographie bevorzugen. Dass Dänemark mit dem «collective bargaining» einen der sozialsten und auch wirtschaftlich stärksten Wohlfahrtsstaat hervorgebracht hat, war den EU-Bürokraten natürlich keine müde Zeile wert. Die Vollerwerbsarbeit ist nach wie vor der zentrale Bestandteil der EU-Wirtschaftskonzeption. Die Lebensbiographie ist auf die Männer ausgerichtet, die Betreuung der Kleinkinder entweder Aufgabe der Frauen oder der Krippen und Tagesschulen, Teilzeit- und Hausarbeit nicht versichert, nicht standardisiert und eigentlich verpönt. Die Gewerkschaften ziehen dabei am selben Strick wie die Arbeitgeber und lösen sich nicht einmal stückweise vom Hauptnährermodell.

Klar, im Vergleich zur sozialpolitisch unterentwickelten Schweiz steht die Europäische Union punkto Arbeitsrecht, Arbeitszeit, progressives Steuerrecht, Recht auf Bildung, Recht auf Mutterschaft usw. immer noch besser da. Im Hinblick auf die so auffällige Unterrepräsentation von Frauen in den politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und kulturellen Machtpositionen jedoch nicht. Seit der Verabschiedung der Römer Verträge im Jahr 1959 und der Unterzeichnung des Gleichstellungsartikels hat sich für Frauen in der Politik quantitativ nur ganz wenig verändert. Die im *Handbuch politische Partizipation von Frauen in Europa* von Beate Hoecker herausgegebenen Länderstudien (1998) sprechen eine deutliche Sprache. In Deutschland bewegen sich die Frauen «zwischen Macht und Ohnmacht», in Frankreich sind Frauen «heiss geliebt und politisch kaltgestellt», in Grossbritannien leben sie in einer «sexistischen Demokratie», in Holland haben sie sich «vom politischen Feigenblatt zur Parität» durchgekämpft, nur in Norwegen sind sie «an der Macht, aber nicht am Ziel». Diese und ähnliche Beschreibungen zeigen, dass es EU-weit ein Phänomen bleibt, dass Frauen in politischen Machtpositionen zur Minderheit gehören.

Daran ändern auch die neuen Gleichstellungs- und Gender-Diskurse über Männer- und Frauenmacht herzlich wenig. Zwar behauptet der von der EU-Kommission gesponserte Eurobarometer, dass die Jugend zwischen 16 und 25 Jahren zur Gleichstellung ein «entspannteres» Verhältnis habe als noch vor 10 Jahren. Frauen und Männer dieser Altersgruppe meinen, dass Frauen und Männer grundsätzlich gleichgestellt seien. Wie weit diskursiv hergestellte Wahrheiten von den tatsächlichen Fakten divergieren können, zeigen jedoch alle statistischen EU-Erhebungen über den Frauenanteil in höheren Ausbildungsgängen, besser bezahlten Berufen und schliesslich in den Manageretagen.

Die Bilanz der Geschichte: In der Europäischen Union steht die Geschlechtergleichheit nie an erster Stelle. Im Kampf um die EU-Machtpositionen machen immer jene das Rennen, die immer schon auf der Gewinnerseite standen. Nämlich die aus «gutem» Hause stammenden, mit besser Ausbildung und Einkommen gesegneten weissen Männer und die vereinzelt Alibifrauen. Meistens Menschen, die zwar viel von Freiheit und eigenem Leistungsvermögen, aber wenig von Gleichstellung gehört haben. Ganz zu schweigen von der Geschlechtergleichheit.

Regula Stämpfli ist Politologin und lebt in Brüssel.

Literatur:

Beate Hoecker (Hg.): Handbuch politische Partizipation von Frauen in Europa, Opladen 1998.